

PARITÄTISCHER WOHLFAHRTSVERBAND FORDERT ABSCHIEBESTOPP FÜR FLÜCHTLINGE NACH AFGHANISTAN

23. Januar 2017

Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert Bund und Länder auf, in der gegenwärtigen Situation von Abschiebungen nach Afghanistan abzusehen. Afghanistan sei nach wie vor kein sicheres Land, vielmehr habe sich die Sicherheitslage dort nachweislich in den letzten Monaten drastisch verschlechtert. Die für diese Woche geplanten Abschiebungen seien daher inhuman und "grob fahrlässig", so der Verband. Der Paritätische unterstützt die Forderungen des schleswig-holsteinischen Innenministers nach einem vorübergehenden Abschiebestopp nach Afghanistan. Zu überprüfen sei zudem, inwiefern den Betroffenen in der aktuellen Lage subsidiärer Schutz zuerkannt werden kann.

„Es ist nicht nachvollziehbar, warum gerade jetzt, wo sich die Situation in Afghanistan nachweislich drastisch verschlechtert hat, der faktische Abschiebestopp für Afghanistan aufgehoben und verstärkt dorthin abgeschoben werden soll“, so Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes. Der Verband verweist auf den aktuellen Lagebericht des UNHCR von Dezember, in dem hervorgehoben werde, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan seit April 2016 deutlich verschlechtert hat. Allein im ersten Halbjahr 2016 wurden 1.601 zivile Tote und 3.565 verletzte Zivilpersonen dokumentiert. Die Zahl der durch bewaffnete Konflikte innerhalb Afghanistans Vertriebenen stieg um 530.000 Personen. Der UNHCR weise ausdrücklich darauf hin, dass das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt betroffen ist und dass es nicht möglich sei, bestimmte Regionen als sichere und zumutbare Fluchalternativen anzusehen. Schließlich führe die große Zahl der Rückkehrer aus Pakistan und dem Iran schon jetzt zu einer enormen Belastung der ohnehin strapazierten Aufnahmesituation.

„Nicht die politische Stimmung in Deutschland, sondern allein die Sicherheitslage in Afghanistan darf darüber entscheiden, ob Abschiebungen nach Afghanistan möglich sind oder nicht. Und die vorliegenden Berichte sprechen hier eine eindeutige Sprache“, unterstreicht Rosenbrock. Bei Flüchtlingen aus Ländern mit einer Anerkennungsquote von über 50 Prozent gehe man davon aus, dass diese eine „Bleibeperspektive“ haben, erläutert der Paritätische. Angesichts einer Anerkennungsquote von 56 Prozent bei afghanischen Flüchtlingen sei es daher dringend geboten, den Asylsuchenden aus Afghanistan sofort den Zugang zu den Integrationskursen und anderen Integrationsangeboten zu gewähren.

Der Paritätische Gesamtverband ist einer der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in der Bundesrepublik. Als Dachverband von über 10.000 eigenständigen

Organisationen, Einrichtungen und Gruppierungen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich, repräsentiert und fördert er seine Mitgliedsorganisationen in ihrer fachlichen Zielsetzung sowie ihren rechtlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Belangen.

Presseanfragen:

Gwendolyn Stilling (Pressesprecherin, Der Paritätische Gesamtverband)

Tel.: 030 - 246 36 305

E-Mail: pr@paritaet.org

www.paritaet.org

www.facebook.de/paritaet

www.twitter.com/paritaet

www.youtube.com/dieparitaeter